

G-10

Titel	Reform des Elterngelds	
AntragstellerInnen	Calw	
Zur Weiterleitung an	SPD Bundestagsfraktion, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundesverband, Jusos Bundeskongress	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Reform des Elterngelds

- 1 **Wir Jusos fordern daher das Elterngeld in folgender Art zu ändern:**
- 2 • Der Prozentsatz zum Gehalt des Elterngeldes steigt Gehalt mit dem Höchstsatz, also 2770 oder mehr,
3 um 2% alle hundert €. Dies bedeutet mit 2670€ Gehalt 69% davon Elterngeld. Mit 2570€ 71% usw.
- 4 • Der Sockelbetrag von 300€ soll auch 500€ angehoben werden.
- 5 • Das Elterngeld soll nicht mehr mit anderen Sozialleistungen wie Hartz IV verrechnet werden können.
- 6 **Begründung**
- 7 Wer in Elternzeit geht bekommt derzeit in Deutschland 67 Prozent des letzten Nettogehalts, maximal aber
8 1800. Nach unten besteht bis auf den Sockelbetrag von mindestens 300€ jedoch keine Grenze. Dies bedeutet,
9 dass wer schon mit seinem Nettogehalt am Monatsende fast alles aufbraucht kann unmöglich auf ein Drittel
10 des Gehalts verzichten und in Elternzeit gehen. Dies trifft vor allem Väter, gerade unterer Einkommensschich-
11 ten.
- 12 Zahlen aus dem dritten Quartal 2016 machen dies deutlich. 915.000 Menschen nahmen Elterngeld in Anspruch.
13 Davon waren knapp 160.000 Männer. Also nur 17,4 Prozent.
- 14 Die Verteilung sah so aus:
- 15 • 48,6% erhielten ein monatliches Nettogehalt zwischen 1500 und 2770€
- 16 • 25,9% erhielten den Höchstsatz des Elterngeld mit einem Nettogehalt von 2770€ oder mehr
- 17 • 18,5 der Empfänger besaßen ein Nettogehalt von höchstens 1500€
- 18 • 7% besaßen gar kein Einkommen und erhielten den Sockelbetrag von 300€
- 19 Daraus wird ersichtlich dass besserverdienende deutlich besser gestellt sind als Geringverdienende. Nur wer
20 es sich leisten kann hat daher die Möglichkeit in Elternzeit zu gehen.
- 21 Dazu kommt, dass im Gegensatz zur Vorgängerleistung, dem Erziehungsgeld, gibt es das Elterngeld nicht zu-
22 sätzlich zu Sozialleistungen, sondern wird mit diesen verrechnet. Das hat zu einer deutlichen Schlechterstel-
23 lung der unteren Einkommensgruppen, vor allem Arbeitslose und Alleinerziehende, geführt.
- 24 Dies ist nicht mit den sozialdemokratischen Werten vereinbar! Die Möglichkeit auf freie Lebensplanung und
25 Selbstverwirklichung darf nicht vom Geldbeutel abhängen, und der Staat muss garantieren dass alle faire
26 Chancen genießen.